

Peter Wichtel

Unsere Stimme in Berlin

Berlin Aktuell

01/2012 – 20.01.2012



**Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
liebe Freunde,**

zunächst nutze ich an dieser Stelle gerne die Gelegenheit, Ihnen allen ein erfülltes und erfolgreiches neues Jahr 2012 zu wünschen.

Zudem lasse ich Ihnen nach der ersten Sitzungswoche in 2012 hiermit gerne die erste Ausgabe von „Berlin Aktuell“ zukommen und gebe Ihnen den gewohnten Einblick in die Debatten im Plenum und die aktuelle politische Lage der Bundesrepublik.

In der heutigen Ausgabe gehe ich zunächst auf die erfreuliche wirtschaftliche Situation Deutschlands ein und werde zudem von der auf der Klausurtagung des Bundesvorstandes der CDU formulierten „Kieler Erklärung“ berichten.

Mit Blick in den Wahlkreis will ich Ihnen auch meine Sichtweise der Aufspaltung der Manroland AG und des damit verbundenen Stellenabbaus am Standort Offenbach schildern und habe diesbezüglich meine in dieser Woche veröffentlichte Pressemeldung angehängt.

Abschließend lade ich Sie auch heute wieder herzlich zu einem Besuch meiner Homepage www.peterwichtel.de ein, wo ich Ihnen wie gewohnt weiterführende und vertiefende Informationen zu den aktuellen politischen Themen zur Verfügung stelle.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre und grüße Sie herzlich aus Berlin

Ihr

www.peterwichtel.de



Deutschland zum Jahresauftakt vorn

Mit drei Prozent Wachstum im Jahr 2011 ist **Deutschland zur wichtigsten Wachstumslokomotive für den ganzen Kontinent geworden und steht heute besser da, als vor der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise.** Mit der Union ist „Made in Germany“ wieder zu einem Aushängeschild deutscher Leistungsfähigkeit geworden. **Seit die Union regiert, hat sich die Arbeitslosigkeit halbiert und ein 20-Jahres-Tief erreicht.**



(© dpa)

Einen Spitzenwert erreichte die Zahl der Erwerbstätigen. Kurz: Es geht bergauf. Möglich gemacht haben all dies fleißige Menschen, die Wirtschaft, insbesondere unsere mittelständischen Unternehmen, gezielte Investitionen in die Zukunft, richtige Regelungen im Arbeitsmarkt und entschiedener Sparwille. Hinzu kommen die richtigen Entscheidungen in der europäischen Verschuldungskrise. Die Menschen spüren, dass sie uns vertrauen können, die Zustimmungswerte steigen. Das soll uns Ansporn sein für gute Arbeit auch im Jahr 2012.

Jahreswirtschaftsbericht – BRD bleibt EU-Wachstumsmotor



(© dpa)

Die Bundesregierung erwartet aufgrund der Unwägbarkeiten der europäischen Staatsschuldenkrise für 2012 mit einem **BIP-Wachstum von plus 0,75 Prozent** deutlich weniger Wirtschaftsdynamik als in den hervorragenden beiden letzten Jahren. **Trotz des schwierigen Umfeldes gibt es keinerlei Anzeichen für Stagnation oder gar Rezession, weil wir auf intakte Wachstumskräfte bauen können.** Besonders erfreulich entwickelt sich die Binnenwirtschaft, die mehr und mehr zur tragenden Säule wird. Die Menschen in Deutschland profitieren von mehr Arbeitsplätzen, höheren Einkommen und besseren Zukunftschancen. 2012 ist erneut auch ein Beschäftigungsrekord zu erwarten. Der wirtschaftspolitische Kurs der christlich-liberalen Koalition erweist sich als goldrichtig.

Ausführliche Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung sowie den kompletten Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung finden Sie auf den Seiten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie unter www.bmwi.de.

Kieler Erklärung – Deutschlands Zukunft als starkes Innovationsland

Zum Jahresauftakt hat der Bundesvorstand der CDU im Rahmen seiner Klausurtagung mit der „Kieler Erklärung“ ein Konzept beschlossen, das die Koordinaten für die Fortsetzung der guten Entwicklung im Jahr 2012 und darüber hinaus setzt. Ein 10-Punkte-Plan zeigt Maßnahmen auf, die wir für ein auch in Zukunft starkes Innovationsland Deutschland auf den Weg bringen



(© CDU/Laurence Chaperon)

wollen. Dabei ist es für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in unserem Land mit seinen vielfältigen kulturellen, politischen und ökonomischen Zentren wichtig, für eine gleichwertige Entwicklung in Stadt und Land Sorge zu tragen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Verfügbarkeit und Qualität von Infrastruktur und Daseinsvorsorge zu Konzentration und Überangebot auf der einen und Verfall und Verflachung auf der anderen Seite führen. Wir müssen neue Wege des Ausgleichs und der Kooperation finden, um das Thema Stadt-Land-Gefälle nicht zu einem Problem werden zu lassen. Darum wird sich die unionsgeführte Koalition intensiv kümmern und ein Programm für den ländlichen Raum auflegen.

Weitere ausführliche Informationen zur Klausurtagung des CDU-Bundesvorstandes sowie den Wortlaut der „Kieler Erklärung“ finden Sie auf der Homepage der CDU unter www.cdu.de.

Aktuelles aus dem Plenum

Um das Sicherheitsniveau aller Verkehrsteilnehmer weiter zu steigern, wurden in den vergangenen zwei Jahren bereits erfolgreiche Maßnahmen auf dem Gebiet der Verkehrssicherheit ergriffen. Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Die Verkehrssicherheit in Deutschland weiter verbessern fordern** wir die Bundesregierung u.a. auf, den Einsatz von sogenannten „Alkoloocks“ (elektronische Atemalkoholsensitive Wegfahrsperrern) bei alkoholauffällig gewordenen Verkehrsteilnehmern zu prüfen, das freiwillige Tragen von Fahrradhelmen insbesondere bei Kindern zu fördern und die Verkehrssicherheit vor allem auf Landstraßen zu erhöhen. Außerdem muss zur Vorbeugung von Unfallgefahren der Einsatz von Rüttelstreifen auf Autobahnen intensiviert werden. Auch sollen Verbesserungsmöglichkeiten bei der Fahranfängervorbereitung und –ausbildung geprüft werden. Ziel ist es, nicht nur die Zahl der Verkehrstoten, sondern auch die der Schwerst- und Schwerverletzten zu senken.



(© picture-alliance/dpa)



(© dpa)

In erster Lesung beraten wir das **Gesetz zur Änderung personenbeförderungsrechtlicher Vorschriften, das die Liberalisierung des Fernbusverkehrs** und die Anpassung des Personenbeförderungsgesetzes und anderer Gesetze zur öffentlichen Finanzierung von Verkehrsleistungen an den europäischen Rechtsrahmen zum Gegenstand hat. Ein weiteres Ziel ist die Ausgestaltung des Genehmigungsverfahrens für eigenwirtschaftliche Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr. Regelungsbedarf besteht insbesondere in den Fällen, in denen sich mehrere Antragsteller um die Genehmigung für denselben Verkehr bewerben („Genehmigungswettbewerb“).

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung stellt unter www.bmvbs.de weitere Informationen zu den Themen Verkehrssicherheit und der Liberalisierung des Fernbusverkehrs zur Verfügung.

In erster Lesung steht das **Zweite Gesetz zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes (Zweites Finanzmarktstabilisierungsgesetz)** zur Debatte an, mit dem der Finanzmarktstabilisierungsfonds für neue Anträge wieder geöffnet werden soll. Wir reaktivieren damit ein Instrument, das uns in der Finanzmarktkrise ab 2008 wertvolle Hilfe geleistet hat und nun helfen soll, neu entstehende Ansteckungsgefahren im Bankensektor abzufangen. Dabei wird das „Zweckgesellschaftsmodell“ erweitert, so dass es auch für Staatsanleihen Anwendung finden kann. Wie schon 2008 betragen der Garantierahmen 400 Mrd. Euro und die Kreditermächtigung 70 Mrd. Euro zuzüglich zehn Mrd. Euro mit Zustimmung des Haushaltsausschusses. Vorgesehen ist zudem die Stärkung des bankaufsichtlichen Instrumentariums zur Gefahrenabwehr. Auch werden einige Rahmenbedingungen präzisiert.



(© dapd)

Der **Zweite Zwischenbericht der Enquête-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ Medienkompetenz steht in dieser Woche zur Verabschiedung an.** Der Zwischenbericht enthält die Bestandsaufnahme und die Handlungsempfehlungen der Projektgruppe „Medienkompetenz“. Diese sprechen sich für einen mobilen Computer für jeden Schüler aus, um dieses Lerninstrument endlich im Unterricht fest zu verankern und die Erarbeitung neuer Bildungskonzepte und Lehrmethoden anzustoßen. Neben den klassischen Instrumenten der Medienkompetenzförderung sollen neue Wege beschritten werden. Dieses schließt auch neue Initiativen zur Verbesserung der elterlichen Medienbildung ein.

Bei Interesse an der Arbeit der Enquête-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ empfehle ich Ihnen einen Besuch der Homepage des Bundestages. Hier stellt sich die Kommission unter www.bundestag.de/internetenquete ausführlich vor.

Sonstiges

Peter Wichtel bedauert Aufspaltung von Manroland und Arbeitsplatzverlust von rund 1000 Mitarbeitern

Appell an Insolvenzverwalter, zeitnah verbindliches Fortführungskonzept vorzulegen

Mit Enttäuschung hat der Obertshausener Bundestagsabgeordnete Peter Wichtel die Einigung des Gläubigerrates von Manroland auf die Zerschlagung des Unternehmens und den damit verbundenen Stellenabbau am Standort Offenbach zur Kenntnis genommen. „Es ist überaus bedauerlich, dass rund 1000 Roländer ihren Arbeitsplatz an der Mühlheimer Straße verlieren werden“, so der Parlamentarier. Wie viele Beteiligte hatte auch Wichtel auf eine Gesamtlösung gehofft, die auch den Standort in Offenbach umfasst hätte.



(© dpa)

Nach der Entscheidung habe man nun aber Gewissheit und könne das Nötige veranlassen, um das Werk mit Hilfe eines Investors zu sanieren und die 750 verbliebenen Arbeitsplätze langfristig zu sichern. Dabei sieht Wichtel nun den Insolvenzverwalter Werner Schneider in der Pflicht, möglichst zeitnah ein verbindliches Fortführungskonzept vorzulegen. „Ich bin mir sicher, dass die Landesregierung die Mitarbeiter und den Standort Offenbach nach Kräften unterstützen wird. Dafür bedarf es allerdings eines tragfähigen und konkreten Fortführungskonzeptes seitens des Insolvenzverwalters.“

Peter Wichtel hat die Entwicklung der Druckmaschinen-Branche bereits seit einigen Jahren mit Sorge verfolgt. So habe das Verhalten der Geschäftsführungen am Hauptsitz in Augsburg schon seit längerer Zeit befürchten lassen, dass der Standort Offenbach im Fall von wirtschaftlich herausfordernden Zeiten besonders schwer getroffen werden würde. „Trotz des speziellen Know-hows auf dem Gebiet der Fertigung von Bogendruckmaschinen, den hochqualifizierten Arbeitskräften und der qualitativ hochwertigen Arbeit am Standort Offenbach ist das Werk an der Mühlheimer Straße immer weiter abgebaut und geschwächt worden“.

Im Hinblick auf die nun zu gründende Transfergesellschaft, in welcher die rund 1000 von der Teilschließung des Standortes betroffenen Roländer betreut und weiterqualifiziert werden, sieht Wichtel die bisherigen Alteigentümer noch mehr in der Verantwortung und spricht sich für ein noch größeres finanzielles Engagement aus.

Impressum

Peter Wichtel
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 – 77041
Fax: 030 / 227 – 76241
Mail: peter.wichtel@bundestag.de
Internet: www.peterwichtel.de

Redaktion

Christoph Schmid

Bildnachweis

Seite 2 – dpa (oben und unten)
Seite 3 – CDU/Laurence Chaperon
Seite 4 – picture-alliance/dpa (oben), dpa (unten)
Seite 5 – dapd
Seite 6 – dpa